

Fortsetzung der Online-Veranstaltungsreihe ab dem 15. November 2022

Die Landesbeauftragte lädt zur Fortsetzung der öffentlichen Online-Veranstaltungsreihe ein. In 60 Minuten werden aktuelle Fragen der historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt allgemein verständlich von ausgewiesenen Experten und Expertinnen präsentiert und diskutiert.

Die Veranstaltungen finden jeweils Dienstag und einmal an einem Montag von 17.00 bis 18.00 Uhr via Zoom statt und werden von Birgit Neumann-Becker, der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur moderiert.

Der Themenschwerpunkt der Veranstaltungsreihe liegt auf der historischen Aufarbeitung von Grenze und Grenzregime.

Unsere Referentinnen und Referenten informieren Sie über die Fluchtbewegungen von Ost nach West in den frühen 1950er-Jahren, über die in Sachsen-Anhalt pro-

duzierten und an den dortigen Grenzanlagen eingesetzten Selbstschussanlagen sowie über die Entstehung und Entwicklung des Zonenrandgebiets in der BRD von den 1950er Jahren bis zur Wiedervereinigung. Zudem werden Besonderheiten bei der Begutachtung von Langzeitfolgen politischer Haft in der DDR und die Bedeutung der Anerkennung der Menschenrechte durch die DDR Mitte der 1970er-Jahre thematisiert.

Wir bitten Sie um **Anmeldung** zu einzelnen Terminen der Veranstaltung oder zur gesamten Reihe per E-Mail: veranstaltung@lza.lt.sachsen-anhalt.de oder über Telefon 0391/560 1519.

Rechtzeitig vor der Veranstaltung erhalten Sie per E-Mail den entsprechenden Link zur Teilnahme. Auf Wunsch können Sie den Veranstaltungen auch telefonisch beitreten.

Wir freuen uns darauf, Sie bei unseren Veranstaltungen begrüßen zu dürfen!



Der Osten im Westen: Fluchtbewegungen aus der DDR 1952/1953

Referent: Dr. Frank Hoffmann, Historiker, Ruhr-Universität Bochum

Die 2. Parteikonferenz der SED hatte im Juli 1952 proklamiert, dass in der DDR „der Sozialismus planmäßig aufgebaut“ werde. Dies hatte in der Praxis teils dramatische Folgen für verschiedene Bevölkerungsgruppen. Neben den Zwangsausweisungen an der bereits Ende Mai geschlossenen innerdeutschen Grenze waren nun vor allem Angehörige des Mittelstands, kleine Gewerbetreibende, selbständige Handwerker und vor allem auch Landwirte mit mittelgroßen Höfen betroffen. Eine weitere Zielgruppe ideologischer Kämpfe waren Angehörige der evangelischen Jungen Gemeinde. Ein beträchtlicher Teil der Betroffenen versuchte sich diesem Druck durch Flucht in den Westen zu entziehen, die nun fast ausschließlich über West-Berlin möglich war. Die Flüchtlingszahlen schossen in die Höhe.

In der Bundesrepublik stieß diese „Abstimmung mit den Füßen“, wie die Fluchtbewegung sonst gefeiert wurde, durchaus auf Skepsis, teils sogar auf massive Abwehr. Zwar bekräftigte Bundeskanzler Adenauer schon im Juni 1952, dass die Bundesregierung „sich ihrer Verantwortung für die gesamte Bevölkerung der Sowjetzone bewußt“ sei, und der Bundestag erhob „in feierlicher Form [...] Protest gegen die neuen Willkür- und Terrormaßnahmen des menschenverachtenden Regimes in der sowjetischen Besatzungszone“. Doch die praktischen Hilfeleistungen waren eher übersichtlich. Es bedurfte der energischen Intervention des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, damit im Februar 1953 angesichts eines Staus der Flüchtlinge in der geteilten Stadt, endlich Bund und Länder den Ausflug der Flüchtlinge in den Westen erheblich verstärkten. Kommentiert wurde das freilich vom Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks von Cube mit der hämischen Warnung vor einer „selbstmörderischen Humanität“ des Westens.

Der Vortrag fasst die wesentlichen Prozesse und Maßnahmen zusammen, fragt aber auch nach der Langzeitwirkung von Bildprägungen zwischen West und Ost, die mit den Fluchtbewegungen und ihren politischen Ursachen verbunden waren. Mit dem Volksaufstand vom 17. Juni und seiner Interpretation im Westen als Schlusspunkt wird ein Rückblick auf die Zeit vor ca. 70 Jahren versucht, der in mancherlei Hinsicht aktueller ist als uns lieb sein kann.

Dienstag, 15.11.2022
17.00-18.00 Uhr

Montag, 21.11.2022
17.00-18.00 Uhr

Langzeitfolgen von politischer Haft in der DDR. Besonderheiten bei der psychiatrischen Begutachtung von Betroffenen mit chronischen Haft- und Folterfolgen

Referent: Dr. med. Ferdinand Haenel, Facharzt für Psychiatrie und
Psychotherapie, Berlin

Im Rahmen von Verfahren nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) war und ist immer noch festzustellen, dass klinische Gutachter und Gutachterinnen oft zu extrem gegensätzlichen Ergebnissen gelangen. Der Grund hierfür ist, dass es in der psychotraumatologischen Kausalitätsbegutachtung Besonderheiten gibt, die – bleiben sie unberücksichtigt – zu Fehlbeurteilungen bei der Begutachtung führen können. Diesen Besonderheiten widmet sich der Vortrag von Dr. med. Ferdinand Haenel, der im vergangenen Jahr das Themenheft „Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen - Soziales Entschädigungsrecht, gesetzliche Unfallversicherung, Aufenthaltsrecht“ der Fachzeitschrift Trauma & Gewalt herausgab.

Im Zusammenhang mit den Besonderheiten in der psychotraumatologischen Kausalitätsbegutachtung hat die Deutschsprachige Gesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT) ein zertifiziertes Fortbildungscurriculum verabschiedet, welches psychologische und ärztliche Fachkollegen und Fachkolleginnen in die Lage versetzt, klinische Gutachten zu psychisch reaktiven Traumafolgen und ihrer Genese in sozialrechtlichen Verfahren fachkompetent zu erstellen.

Die Anerkennung der Veranstaltung als Fortbildungsveranstaltung ist bei der Ärztekammer Sachsen-Anhalt beantragt.

Referentin: Marit Krätzer, Leiterin Stasi-Unterlagen-Archiv Halle (Saale)

Die Existenz von Selbstschussanlagen wurde seitens der DDR offiziell lange geleugnet. Doch dem in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Handwerker und ehemaligen DDR-Häftling Michael Gartenschläger gelang es 1976, zwei dieser Splitterminen an der innerdeutschen Grenze zu demontieren. So konnte er die bis dahin im Westen unbekanntes Wirkungsweise der SM-70 öffentlich machen und sie als Beweismittel präsentieren.

Die Selbstschussanlagen waren an den äußeren Grenzzäunen mit Streurichtung ins DDR-Gebiet montiert. Aufgrund der Herstellung dieser Minen für die Grenzanlagen der DDR kam u. a. der Überwachung des VEB Chemiewerk Kapen (Sachsen-Anhalt) durch die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit in Halle und deren Dienststellen eine besondere Bedeutung zu. Der Betrieb war „Alleinhersteller von Spreng- und Sperrmitteln für die Sicherung der Staatsgrenze West“, so die Stasi 1984.

Um Fluchtversuche zu vereiteln, setzte die SED-Diktatur von 1970–1984 an der innerdeutschen Grenze die Selbstschussanlage SM-70 ein, so wie sie in der für dieses Infoblatt genutzten Abbildung erkennbar ist. Die Selbstschussanlagen waren ins Landesinnere der DDR und damit „freundwärts“ ausgerichtet. Vom Westen aus konnte die Bergung von durch SM-70 verletzte oder getötete DDR-Bürger beobachtet werden; ein Problem für die SED-Führung, die im Rahmen des KSZE-Prozesses formell die Menschenrechte anerkannt hatte. Quelle des Bildes: BArch, MfS, HAI, Fo, Nr. 357, Bild-Nr. 54.

Dienstag, 6.12.2022
17.00-18.00 Uhr

Menschenrechte als Preis der Anerkennung: Die Bedeutung des KSZE-Prozesses für die DDR

Referent: Dr. Wolfram von Scheliha, Historiker und Referent der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt

Der KSZE-Prozess der 1970er- und 1980er-Jahre gilt als vorbildlich für die Entspannung im Kalten Krieg. Tatsächlich schien dadurch die Gefahr eines militärischen Konfliktes in Europa gebannt. Für die europäische Friedensordnung war ein wichtiges Ergebnis die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen. Dies schloss die Anerkennung der DDR ein – ein zentrales Anliegen der SED-Führung. Als Preis dafür mussten die Ostblock-Staaten mit dem „Korb 3“ der Schlussakte von Helsinki zentrale Menschenrechte anerkennen. Konnte unter diesen Bedingungen die Diktatur dauerhaft bestehen?

Der Vortrag zeichnet die Vorgeschichte des KSZE-Prozesses bis zur Konferenz von Helsinki nach, beleuchtet die Motive der Beteiligten und betrachtet die Folgen für die weitere Entwicklung in der DDR.

Der Osten vom Westen: Das Zonenrandgebiet entlang der innerdeutschen Grenze

Dienstag, 13.12.2022
17.00-18.00 Uhr

Referentin: Prof. Dr. Astrid M. Eckert, Professorin für deutsche und europäische Geschichte, Emory University, Atlanta (USA)

Die Historikerin Astrid M. Eckert stellt ihr neu erschienenes Buch „Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eisenerne Vorhang“ (Ch. Links Verlag, 2022) vor, in welchem sie die vielfältigen Folgen der innerdeutschen Grenze auf die alte Bundesrepublik untersucht. Eckert zeigt auf, wie das Zonenrandgebiet zur Subventionsfläche wurde, wie westdeutsche Touristen die Grenze zur Sehenswürdigkeit machten, und wie Umweltprobleme und Natur die Grenze ignorierten. So entsteht eine Geschichte der Bundesrepublik aus Sicht der Peripherie und eine erste Umweltgeschichte der innerdeutschen Grenze.

Der Vortrag zeigt auf, wie die Bedingungen des frühen Kalten Krieges das „Zonenrandgebiet“ hervorbrachten. Die wirtschaftlichen Folgen der Demarkationslinie, verschärft durch die Währungsreform von 1948 und die Grenzschießung von 1952, führten zu einer zunehmend koordinierten Interessenpolitik von Vertretern des Grenzlandes, die von der Bundesregierung eine Unterstützung ihrer Regionen einforderten. Der Vortrag nimmt die Entstehung und Persistenz der Zonenrandförderung in den Blick, einschließlich der Entwicklung des westlichen Grenzgebiets nach der Wiedervereinigung. Als räumliche Einheit war das Zonenrandgebiet aufs Engste mit der alten Bundesrepublik verbunden: Es entstand mit der Teilung und verschwand mit der Wiedervereinigung.

Kontakt zur Anmeldung: Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur • Schleierufer 12, 39104 Magdeburg
E-Mail: veranstaltung@iza.lt.sachsen-anhalt.de • Telefon: 0391/560 1519.